

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., PŮCHOVA 62. TELEFON 53077.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB, VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.



16. Jahrgang

Sonntag, 26. April 1936

Nr. 99

Unbefriedigende Antwort aus Berlin

Prag. Wie das Tschechoslowakische Presbüro erfährt, ist die Antwort der reichsdeutschen Regierung auf den Protest der tschechoslowakischen Regierung gegen die Kandidatur der ehemaligen tschechoslowakischen Abgeordneten Jung, Krebs und Schubert für die Reichstagswahlen eingetroffen.

In der deutschen Antwort heißt es, daß die deutschen Behörden bei der Einbürgerung dieser drei ehemaligen tschechoslowakischen Abgeordneten es versäumt haben, festzustellen, ob die genannten drei Abgeordneten aus dem Staatsverband der Tschechoslowakischen Republik entlassen wurden. Die deutsche Reichsregierung spricht ihr Bedauern aus, ist aber nicht der Meinung, daß in dieser Unterlassung ein unfreundlicher Akt erblickt werden müßte.

König Fuad im Sterben?

Kairo. Der 68jährige König Fuad liegt fast hoffnungslos an einer Krankheit darnieder. Die offiziellen Meldungen über sein Befinden sind äußerst ernst und lassen den Eintritt der Katastrophe befürchten. Die Meldungen über sein Ableben, die in der ägyptischen Hauptstadt bereits am Samstag vormittags verbreitet waren, und die zur Folge hatte, daß an einigen Gefandtschaftsgebäuden die Fahnen bereits auf Halbmast gesetzt wurden, wurden jedoch wieder dementiert.

Der König hat einen Brustkurz erlitten, der eine Bluttransfusion notwendig machte. Eine eilige Entzundung der Mundhöhle und das Ziehen hatten nach dem letzten ärztlichen Bulletin noch an, so daß sich die Gesamtsituation und die Richtung des Blutkreislaufes bedeutend verschlechtert haben.

Der 17jährige Kronprinz Faruq, der in England lebt, ist bisher nicht zur Rückkehr nach Ägypten aufgefordert worden, steht jedoch in ständiger Verbindung mit Kairo.

Es ist aus!

Léon Blum über den Genfer Bankrott

Unter diesem anläugerischen Titel beschäftigt sich Léon Blum in einem der letzten „Croniques“ mit der dieswöchigen Abstimmung über die Entschädigung des Völkerbundes, die einem das Herz drückt und die Schaurde ins Gesicht treibt. Denn der Völkerbund habe damit seine Ohnmacht, seine Resignation, seine Unterwerfung unter vollzogene Tatsachen eingestanden, habe den Absichten bescheinigt, daß sie auf ihn nicht mehr rechnen können; können sie ihren Widerstand gegen den Angreifer noch in die Länge ziehen, so gut für sie, schlecht für Italien; und kommt es zu einem ehrenhaften Frieden, so um so besser für den Völkerbund. Aber handeln wird der nicht mehr, sondern in Ruhe das Gottesurteil abwarten, als ob wir im Mittelalter lebten. Schwer liegt die Verantwortung auf der französischen Regierung, der es an klarem Blick und Mut mangelte, die beladen sei mit den Fehlern Laval's. Dessen Gefälligkeit für Mussolini hat Hitler „Diktat“ angelegt; und die dadurch verursachte Beunruhigung wiederum hindert jetzt den Völkerbund und besonders die französische Regierung, patgemäß zu handeln und das Opfer Mussolinis zu retten. Die französische Regierung hat sich ihrer doppelten Pflicht nicht gewachsen gezeigt, hat es nicht verstanden, England zur Erfüllung seiner doppelten Verpflichtung anzuhelfen; den italienischen Angreifer wie den deutschen Diktator gleichzeitig zur Erfüllung des internationalen Gesetzes zu zwingen. Die französische Regierung hält blöde an der Illusion einer Gelleistung Mussolinis gegen Hitler fest. Vielleicht glaubte die Regierung, sie könne das internationale Leben bis zum Tage nach den französischen Wahlen „suspendieren“. Aber, so fragt Blum, „wird es noch ein Absinken geben, wenn die neue Pariser Kammer zusammentritt? Wird das Vertrauen der Nationen zum Völkerbund und dessen Vertrauen zu ihm selber wiederbelebt werden können? Wird die kollektive Sicherheit dem fatalen Wort Widerstand leisten können: Wehe den Besiegten!“

Vor dem Regierungseintritt der Christlichsozialen?

Die Verhandlungen mit Dr. Hodža vor dem Abschluß

Prag. Wie die „Prager Presse“ meldet, sind die vom Ministerpräsidenten Dr. Hodža bereits vor einiger Zeit angefangenen Verhandlungen mit den Delegierten der Deutschen Christlichsozialen Volkspartei, dem Parteivorsitzmann Stöber und den Abgeordneten Dr. Lufka und Jajicek, über den Eintritt der Partei in die Regierungsmehrheit soweit fortgeschritten, daß man an beruflichen Stellen mit ihrem positiven Abschluß in den nächsten Tagen rechnet. Der Schwerpunkt der Entscheidung liegt gegenwärtig bei der Deutschen Volkspartei selbst. Der zuständige Beschluß ist für die ersten Tage der nächsten Woche zu erwarten.

Die Frage der Vertretung der Deutschen Christlichsozialen in der Regierung soll in Form der Entsendung eines ihrer parlamentarischen Mitglieder in das Kabinett als Minister ohne Geschäftsbereich gelöst werden. Pressenachrichten des Inhalts, daß zu diesem Behufe das Luftfahrtsministerium geschaffen werden soll, entbehren nach der „Prager Presse“ jeder Grundlage. Nicht ausgeschlossen soll jedoch auch eine Lösung in Form des Alternierens in dem bereits vorhandenen Ministerium ohne Geschäftsbereich sein, das bisher Minister Dr. Spina innehat.

Wahltag in Frankreich

Die Entscheidung fällt erst am nächsten Sonntag bei den Stichwahlen

Paris. Postminister Mandel hat im Innenministerium 30 eigene Telefonlinien und mehr als 20 Telegraphenlinien einrichten lassen, auf welchen die Ergebnisse der einzelnen Kreise Frankreichs die Ergebnisse des ersten Wahlganges der Wahlen sofort nach Paris berichten werden. Trotz dieser sehr umfangreichen Maßnahmen wird aber die Erstattung der Gesamtberichte erheblich länger in Anspruch nehmen, da die Zahl der Kandidaten im ersten Wahlgang 5000 und die Zahl der Wahlbezirke in Frankreich und in Algier ohne Kolonien 608 und mit den Kolonien 618 beträgt. Die ersten Uebermittlungsmeldungen werden daher erst Montag gegen 2 bis 3 Uhr früh, die Gesamtberichte im Laufe des Montag bekannt werden.

Wenn auch der erste Wahlgang in erster Reihe lokalen und erst in zweiter Linie politischen Charakter tragen wird, wird sich trotzdem auch aus dem ersten Wahlgang bereits ein Gesamtbild der Stimmung des Landes ergeben. Man rechnet damit, daß im ersten Wahlgang wenigstens ein Drittel, also ungefähr 200 Deputierte als gewählt aus den Wahlen hervorgehen werden.

Auch am Vorabende der französischen Stimmereiwahlen lassen sich keine bestimmten Prognosen stellen, da es in diesem Problem zu viele Unbekannte gibt. Ein beruhigender Umstand ist der über alle Erwartungen absolute ruhige Wahlverlauf und der große moralische Ernst der bisherigen Wahlkampagne, in deren Verlauf es zu keinen Zusammenstößen gekommen ist.

Ras Nassibu überflügelt?

Ungewöhnlich hartnäckige Kämpfe

London. Der Reuters-Kriegsberichterstatter meldet: An der Ogadenfront verteidigt die Armee des General Rassiibu, die letzte Hoffnung Abessinien's, ungewöhnlich tapfer und jäh Schritt für Schritt jeden Meter Bodens, doch scheint sie bereits an beiden Plänen überflügelt zu sein. Nach Meldungen aus somaliländischer Quelle halten die Soldaten des Generals Rassiibu krampfhaft ihre Stellungen und beantworten jeden Angriff der Italiener mit einem eigenen Angriff. Es wurden viele blutige Kämpfe Mann gegen Mann geführt. Deshalb konnten die Italiener, obwohl sie viel besser und moderner ausgerüstet sind, im mittleren Frontteil nur sehr geringe Fortschritte machen, während sie auf den beiden Flügeln nach einem ungewöhnlich heftigen Luftbombardement und nach gründlicher Artillerievorbereitung ziemlich weit vorrückten.

Gegen Dessie werden noch immer abessinische Militärabteilungen entsandt, insbesondere nach den besetzten Positionen südlich von Warahaia, welche ausgebaut wurden, um den

An Regierungsstellen ist man der Meinung, daß aus den Wahlen eine Mehrheit hervorgehen wird, welche eine Konzentration der fortschrittlichen republikanischen Links- und Mittelparteien bis zu den Volksdemokraten erforderlich wird. Der gleichen Ansicht sind auch zahlreiche Provinzialblätter, besonders die radikale „Depeche de Toulouse“, die dem Ministerpräsidenten Sarraut nahesteht.

In Linkstreifen glaubt man zurecht zu sein an einen überzeugenden Erfolg der vereinigten Parteien der Linken und an eine Stärkung der Positionen der Linken gegenüber den letzten Stimmereiwahlen vor vier Jahren. Man rechnet mit einem Gewinn der Kommunisten von 25 bis 30 Mandaten (die also zusammen 35 bis 40 Deputierte zählen würden), mit einem Gewinn der Sozialisten von 10 Mandaten, womit diese über 105 bis 110 Mandate verfügen würden, und mit einem Rückgang der Radikalen von ihrem vor vier Jahren erzielten Rekordstand von 130 Mandaten auf die frühere Zahl von 140 bis 150 Deputierten, womit sie aber immer noch die stärkste Kammerfraktion bilden würden. Die übrigen Linksparteien, besonders die republikanische sozialistische Vereinigung, dürften 60 bis 70 Mandate erringen. Im ganzen rechnet die Linke mit 350 bis 370 von den 618 Mandaten.

Die Mandatziffer der Rechten schätzt man auf 40, die der rechten Mitte auf 80 bis 90, die der Volksdemokraten auf 20 und die der Rechten auf 110 bis 120 Mandate.

Italienern den Weg nach Addis Abeba zu verlegen.

Ämara. (Stefani). Die italienischen Truppen gehen auf Gosham vor. Abteilungen von Gondar haben nach einem Gewaltmarsch Asfar an der südlichsten Spitze des Tanasees besetzt. An der Somalifront finden seit Freitag morgens im Abhmitt Sefabaneh Kämpfe statt.

Polnischer Ausverkauf

Zugunsten des Rüstungsfonds

Warschau. Das Gesetzesblatt veröffentlicht ein Dekret des Präsidenten der Republik betreffend den Verkauf des parzellierten Bodens der Kolonatorfelder (des früheren Warschauer Militärflugfeldes) sowie anderer Immobilien, die Eigentum des Staates sind und durch das Ministerium für Heereswesen verwaltet werden. Der Erlös aus dieser Transaktion wird zur Schaffung des außerordentlichen nationalen Verteidigungsfonds verwendet werden. Auf diese Weise soll die in der letzten Zeit aktuell gewordene Frage der Ausrüstung und Modernisierung der polnischen Armee durchgeführt werden.

Sudetendeutsche und Staatsverteidigung

Ein umfangreiches Gesetz von über 200 Paragraphen, welches bereits in den Ausschüssen durchberaten wurde und voraussichtlich nächste Woche im Parlament verabschiedet werden wird, erinnert die Bevölkerung auch dieses Staates an den tragischen Ernst der Zeit. Ein Gesetz zur Verteidigung des Staates bedeutet noch keinen Krieg. Im gegebenen Falle handelt es sich nicht um eine Steigerung, sondern eher um eine Milderung der Kriegsgefahr, denn jeder angreifungslustige Staat soll beizeiten wissen, daß sich die Angegriffenen mit Aufgebot aller Mittel zu wehren wissen werden.

Das Gesetz, von dem hier die Rede ist, ist hart. Es enthält tiefe Eingriffe in die wirtschaftliche und in die private Lebenssphäre der Bevölkerung. Vom Standpunkte eines bedingungslosen Pazifismus wären ihm tausend gewichtige Argumente entgegenzuhalten. Gerade die sozialistische Bewegung, welche ihr ganzes Dasein der Achtung des Krieges, der Verteidigung des Völkerfriedens dienlich gemacht hat, wäre am ehesten dazu befähigt, sich der pazifistischen Argumentation zu bedienen. Jede realpolitische Erwägung muß aber zu dem Schluß kommen, daß ein einseitiger Pazifismus der kürzeste Weg zum Selbstmord ist. Europa von heute ist in zwei bewaffnete Heerlager zerfallen. Große Nationen sind der Herrschaft eines blutigen Führerprinzips verfallen, dessen Selbstzweck die brutale Gewaltanwendung nach innen und nach außen ist. Der wahrlich unbestreitens Friedenswille der abessinischen Bevölkerung hat sie nicht davon bewahrt, von Fliegerbomben zerlegt, von Giftgasen geblendet und erstickt zu werden. Die Völker des Friedens und der Menschlichkeit verfallen in den Klern der faschistischen Staaten, werden in ihren Kollaterallagen zu Tode gemartert. Das ist der geschichtliche Tatbestand. Solange die faschisierten Anhänger des Faschismus auf billige Waffenflüge jenseits der Grenzen hoffen können, sind sie erst recht in der Versuchung, an die alleinseigmachende Gewalt des Schwertes zu glauben. Je klarer ihnen das Risiko eines Raubkrieges vor Augen geführt wird, desto besser für den Frieden.

Das Staatsverteidigungsgesetz unterwirft die ganze erwachsene Bevölkerung, soweit sie nicht militärpflichtig ist, sogar die Frauen mit begrenzten Ausnahmen, der Verpflichtung, durch persönliche Dienstleistung zur Landesverteidigung beizutragen. Darin drückt sich das unerbitliche Prinzip des modernen Krieges aus, der eben die Mobilisierung aller Kräfte zur Voraussetzung hat. Wer wäre so naiv, zu glauben, daß er diesmal wieder mit patriotischem Geschrei andere an die Front schicken und selber dabei in Sicherheit bleiben kann? Obwohl innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft niemals eine absolute Gleichheit des Einkommens zu erzielen sein wird, hat unter den gegebenen Voraussetzungen so ziemlich die ganze Bevölkerung das gleiche Risiko zu tragen. Augenfragen nicht nach der Parteizugehörigkeit. Fliegerbomben machen keinen Unterschied zwischen Hütten und Palästen. Das haben wir Sozialisten im Kampf gegen die nationalitisch-faschistische Vergeisterung immer wieder betont. Wir stehen nicht darnach, daß diese erste Voraussetzung durch grausame Zufälle bestätigt wird. Tausendmal lieber wäre es uns, daß uns schon vorher die Vernunft der Völker recht gäbe.

Noch ist die Belämpfung des Krieges eine politische Aufgabe. Dieser Gesichtspunkt sollte auch für die Sudetendeutschen bei ihrer Stellungnahme zum Staatsverteidigungsgesetz bestimmend sein. Es wäre an der Zeit, die Ränke einer verbrecherischen Führerpropaganda zu stoppen, welche den braunen Eroberungskrieg als einen bequemen Spaziergang gegen diesen oder jenen kleinen Staat hinstellt. Wer in unseren Grenzgebieten die Parole ausgibt: „Wir sind Deutsche, uns kann nichts geschehen“ jagt die Menschen mit verbundenen Augen in den Abgrund. Die Sudetendeutschen dürfen sich nicht von bezahlten Kattenführern in die Massengräber locken lassen. Es wäre dies der erste Fall in der Geschichte, daß ein ausgesprochenes Grenzvolk darnach Sehnsucht hat, Aufmarschgebiet und Kriegsschauplatz zu werden. Haben vielleicht die österreichischen Armeen die galizischen oder die Südtiroler Dörfer geschont? In den Koalitionsverhandlungen

gen, die den Ausschussberatungen über das Verteilungsgesetz vorangingen, waren die deutschen Regierungsparteien nicht ohne Erfolg bemüht, alles zu eliminieren, was als Stachel gegen die deutsche Bevölkerung hätte ausfallen oder später wirken können. Sie fanden bei den tschechischen Koalitionspartnern weitgehendes Verständnis. So sind jene wichtigen Änderungen zustande gekommen, die den Begriff der „Abwehrfähigkeit“ für die Beschäftigten in militärisch wichtigen Betrieben genauer definieren, Ausdrücklich besagt die verbesserte Fassung der Vorlage, daß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nation oder Rasse keineswegs als Merkmal der staatspolitischen Unzuverlässigkeit gelten kann. Dadurch, daß sich die Bestimmungen nicht mehr rückwirkend auf die feinerzeitigen Mitglieder der aufgelösten oder eingestellten Parteien beziehen, soll jeder Kleinlichen Verfolgung ein Riegel vorgeschoben werden. Wer sich allerdings durch Taten gegen die Interessen der Landesverteidigung vergeht, muß sich dessen bewusst sein, daß er die Folgen zu tragen hat. Es ist in diesem Zusammenhang nicht ohne Interesse, daß die ZDP im Wehrschutz ausdrücklich jenen Paragraphen der Schutzgesetze zugestimmt hat, welche besonders schwerwiegende Fälle von Spionage mit Todesstrafe bedrohen, obwohl sie dadurch vielleicht so manches ihrer eigenen Mitglieder in Lebensgefahr bringen wird.

Ein schwerwiegendes Moment ist vor der judetendenden Öffentlichkeit ausdrücklich festzuhalten: die Abgeordneten Deutsches haben in den Ausschüssen gegen das Verteilungsgesetz keine grundsätzliche Opposition entfaltet. Sie beschränkten sich auf formale Einwände, stellten zu einigen Paragraphen Abänderungsanträge. Die Herren Dr. Neuwirth und Dr. Peters, welche diese Anträge eingebracht hatten, fanden es aber sodann nicht für so wichtig, deren Verhandlung beizupohnen oder sie zu begründen. Für diese Abänderungsanträge hob zumeist der einzige Durchposten der ZDP, die Hand. In mehreren Fällen sind die Anträge der ZDP-Abgeordneten wieder freiwillig zurückgezogen worden, unter Hinweis auf die Verbesserungen, welche vorher vom Koalitionsausschuß vorgeschlagen worden waren. Bei der Verhandlung der Spionagevorlage betonte Herr Dr. Neuwirth mit Nachdruck, daß seine Partei zu dem Herrn Landesverteidigungsminister volles Vertrauen habe. Man vergleiche damit die wilden Versammlungsproteste gegen den bekannnten Radnik-Erlaß und zuletzt die Beschwerde der ZDP an den Völkerbund!

Die judetendende Bevölkerung möge wissen, daß die weitaus härteste deutsche Partei in dieser Lebensfrage offenbar ein Doppelspiel zu spielen gewillt ist. In Prag möchten ihre Vertreter beinahe die tschechischen Parteien in staatspolitischem Patriotismus übertrumpfen, in der Provinz brauchen wird, wie der Fall eines verhafteten Bezirksamtsleiters bezeugt, mit dem Eymarsch Hitlers gedroht.

Man muß beizeiten eine gerechte Verteilung des Risikos auch unter der deutschen Bevölkerung fordern. Wenn die Wortführer der ZDP, in Prag aus persönlichen oder taktischen Gründen die Notwendigkeiten der Landesverteidigung bis auf einige Normfragen freudig beladen, dann wäre jeder ein Narr, der sich durch die Ideologie dieser Partei zu entgegengesetzten Handlungen verleiten ließe. Nach der heutigen Sachlage ist zu erwarten, daß die Deutsches-Befolgenschaft im Parlament bei der bevorstehenden Verhandlung des Gesetzes dröhnende oppositionelle Reden schwingt, gleichzeitig aber gewissen tschechischen Vätern zuliehet, daß sie nur formaljuristische Bedenken hege, sonst aber mit vollem Herzen bei der Sache sei.

Für ein solches Doppelspiel darf sich die schwerbedrängte judetendende Bevölkerung nicht begeben. Sie hat das Recht, von ihren parlamentarischen Wortführern — so oder so! — den Mut

zur Konsequenz zu verlangen. Im Interesse der Friedenserhaltung läge es, daß die gesamte deutsche Delegation ein positives Votum für die erwähnten Notwendigkeiten der Staatsverteidigung abgibt und damit den Spekulationen der Hazardpolitiker jenseits der Grenzen ein klares Nein entgegenstellt. Keine Partei darf sich ihrer historischen Verantwortung für das Schicksal der ihr anvertrauten Menschen entziehen. Wer in so schicksalvoller Zeit anders handelt als er spricht, wird als Verderber seines Volkes in die Geschichte eingehen.

„Unser Staat ist demokratisch und wird demokratisch bleiben“

Eine Abordnung des Deutschen Gewerkschaftsbundes beim Präsidenten der Republik

Am Dienstag, den 21. April, empfing der Präsident der Republik, Dr. Edoard Beneš, auf der Prager Burg eine Abordnung des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Ihr gehörten an: Anton Kofcher, Abg. Franz Macoun, Franz Kaufmann und Anton Schärer. Namens der Abordnung richtete der Vorsitzende, Anton Kofcher an den Staatspräsidenten eine Ansprache, worin er der Freude und Genugtuung der freigezeichneten organisierten Arbeiter und Angestellten unserer Republik über dessen Wahl zum Staatspräsidenten Ausdruck gab. Die gewerkschaftlich organisierten deutschen Arbeiter und Angestellten fühlen sich mit dem Herrn Präsidenten des Staates innerlich verbunden, weil auch er die Schattenseiten des Lebens kennen gelernt hat. Die aufbauende Kulturarbeit, die von den Gewerkschaften innerhalb der Arbeiterschaft verrichtet wird, ist mühselig und schwer und die besonders große Notlage, verbunden mit einer Massenarbeitslosigkeit in den deutschen Gebieten unseres Staates, stellt an die verantwortungsbewußten Gewerkschaftsfunktionäre in der gegenwärtigen Zeit ungeachtete Anforderungen. Redner verwies dann auf die Denkschrift, in der die Notlage und Sorgen unserer Arbeiterschaft in den deutschen Gebieten der Republik geschildert werden und ersuchte den Herrn Präsidenten, sie einer Durchsicht zu unterziehen und alles zu unternehmen, was zur Linderung der entsetzlichen Notlage durch den Staat geschehen kann. Der Präsident der Republik, Herr Dr. Edoard Beneš, antwortete auf die Ansprache mit folgenden Worten:

„Ich danke Ihnen für die Begrüßung und für die Anerkennung meiner bisherigen Arbeit. Es freut mich insbesondere, daß Sie meine Bemühungen um den Frieden so gut verstehen. Der Friede ist für mich nicht eine Sache des Gefühls, sondern der vernunftsmäßigen Erkenntnis, daß es letzten Endes die breitesten Volksschichten sind, welche bei internationalen Katastrophen darussahen. Ich habe stets geglaubt, daß es keine Frage gibt, welche sich nicht vernünftigerweise ohne Krieg, im Wege gütlichen Einvernehmens, lösen ließe, falls die streitenden Teile in sozialer Weise vertreten werden und falls es sich ihnen wirklich auch um die Interessen der gesamten menschlichen Zivilisation handelt.

Was von den internationalen Konflikten gilt, gilt für mich auch vom inneren Leben der Nationen. Bernünftige und anständige Menschen werden sich immer einigen. Phantasien oder die von Wirren Vorteil ziehen wollen, sind schwierige Partner. Ich habe, glaube ich, das nationale Problem bei uns niemals übersehen und habe es auch nicht als unangenehme Last betrachtet; stets war ich dafür, es als natürliche, durch die Geschichte gegebene Aufgabe zu lösen. Wir befinden uns hier an der Grenzscheide mehrerer Kulturen. Es ist sicher vor allem unsere häusliche Angelegenheit, wie wir unsere heimischen

nationalen Verhältnisse regeln werden, aber nicht nur unsere häusliche Angelegenheit. In dieser Erkenntnis war ich mit meinem Vorgänger im Amte stets einig. Ich habe unsere Politik immer europäisch gesehen und ich will unsere Probleme immer vom europäischen Standpunkte aus betrachten und lösen.

Ihre Gewerkschaftsbewegung ist ein Beweis dafür, daß man nicht nur in sozialer Hinsicht, sondern auch für Ihr Volk, auch für die deutsche Sache in diesem Staate, durch zähe Aufzuarbeit und Organisation vieles leisten kann. Die Millionenbeträge, welche Sie während der letzten Jahre zur Unterhaltung der Arbeitslosen aufwendet haben, zengen nicht nur von Ihrer Opferwilligkeit, sondern auch von organisatorischer Kraft, von wohlgegründeter und Jahrzehnte hindurch organisch wachsender Tradition. Es ist mir bekannt, wie sich die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse unter unseren Deutschen geltend machen, ich weiß, wie sie auch Ihre Arbeit beeinträchtigen. Das Memorandum, welches Sie mir vorlesen, wird mir dazu dienen, noch mehr in die Sache einzudringen und, soweit ich das vermag, zur Abhilfe beizutragen.

Sehen Sie jedenfalls Ihre gegenwärtige Tätigkeit fort. Unser Staat ist demokratisch und wird demokratisch bleiben. Unser Staat ist für den Frieden und wird immer den Frieden verteidigen. Unser Staat erstreckt eine Gesellschaft der sozialen und nationalen Gerechtigkeit. Und diese Politik ist auch meine Politik und wird immer meine Politik bleiben.“

Darauf lud der Präsident der Republik die Mitglieder der Abordnung zu einer eingehenden Aussprache ein, welche über eine Stunde dauerte. Die Delegierten schilderten den äußerst kritischen Stand der Arbeitslosigkeit in den vorwiegend deutschen Industriegebieten. Der Staatspräsident gab zu, daß die Situation in diesem Gebiete ernst ist, was einerseits im Industriecharakter dieses Gebietes überhaupt, andererseits darin seinen Grund hat, daß die dortige Industrie in so hohem Maße eine Exportindustrie ist. Der Präsident betonte, es sei absolut notwendig darauf hinzuwirken, daß allen Ursachen dieser schweren Krise, soweit diese zu überwinden in unserer Macht liegt und bei deren Bekämpfung wir nicht völlig von der Weltwirtschaftssituation abhängig sind, auf das energischste entgegengetreten werde. Er sei entschlossen, im Rahmen seiner Kompetenz in diesem Sinne mitzuwirken. Der Staatspräsident beehrte die in der ungelösten Frage der Arbeitsvermittlung und in den Organisationsmängeln der Arbeitslosenunterstützung gelegene Schwierigkeiten; er ist überzeugt, daß im Laufe des heurigen Jahres nötige Vorbereitungen getroffen werden, um bereits im nächsten Jahre auch die Arbeitsgelegenheiten wesentlich zu vermehren. Dies kann durchgeführt werden, vorausgesetzt allerdings, daß es uns ge-

lingen wird, die Kriegsgefahr zu beseitigen, woran der Staatspräsident ständig fest glaubt.

Die Mitglieder der Delegation brachten auch die Frage der deutschen Staatsangehörigkeit in der Sprache. Der Präsident der Republik erwiderte, daß er sich schon als Außenminister befreit hat, auch verlässliche deutsche Angestellte in die Reihen der Beamtenchaft dieses Reichs aufzunehmen und daß er gewillt sei, dieser Angelegenheit auch jetzt Aufmerksamkeit zu widmen. Er ersuchte die Mitglieder der Abordnung, ihm die von ihnen erhobenen Daten zur Verfügung zu stellen.

Revision des Benzinpreises

Am Samstag fand auf Initiative des Handelsministers A. V. Rasmann im Handelsministerium eine Beratung mit Vertretern der Benzin-Konvention statt. Die sich mit der jüngst durchgeführten Neuregelung des Preises der Benzin-Spiritus-Mischung in den Prager Garagen, den Tankstellen und einigen westböhmischen Bezirken beschäftigte. Nach gründlicher Durchberatung des Gegenstandes erklärte der Vorsitzende der Benzin-Konvention Dr. Fiedler, daß für Montag, den 27. d. M., eine Sitzung des Exekutiv-Ausschusses der Benzin-Konvention einberufen wurde, bei der in Hinblick auf die vorbereitete staatliche Dislokation für den Motorismus, die Preisregelung einer Revision unterzogen werden wird.

Auslieferungsbefehl gegen Dr. Spina abgelehnt. Im Immunitätsauschuß des Abgeordnetenhauses gelangte Freitag ein Auslieferungsbefehl gegen den Minister Dr. Spina zur Verhandlung. Spina hatte zu Ende des Vorjahres auf einer Parteiverammlung in Brünn in einem politischen Referat u. a. erklärt, daß die ZDP die Wahlen als Saarbühnen und ungenutzbar aufgemacht habe, was sich kein Staat bieten lassen könne. Der staatsrechtliche Konrad Henlein konnte sich eine derartig schreckliche Entstellung seiner lautersten politischen Absichten natürlich nicht gefallen lassen und reichte daraufhin gegen Spina die Ehrenbeleidigungsklage ein. Die Auslieferung Dr. Spinas wurde jedoch vom Ausschuß mit dem Hinweis auf das Interesse an der ungehinderten Mandatenausübung durch den Abgeordneten Dr. Spina verweigert.

Chamberlain auch in Belgrad

Belgrad. Privatmeldungen zufolge wird Sir Austen Chamberlain am Montag, den 27. d., auch Belgrad besuchen.

Am Samstag nachmittags ist Sir Austen Chamberlain mit Gemahlin aus Wien in Budapest eingetroffen, wo er sich zwei Tage aufhalten wird. Die Gäste haben in der britischen Gefandtschaft Wohnung genommen.

Wozu Genf gut ist

Oesterreich braucht wieder Geld

Wien. Der österreichische Finanzminister Dr. Draxler wird sich Dienstag zu den Beratungen des Finanz- und Kontrollausschusses des Völkerbundes nach Genf begeben. Wie die „Reichspost“ ankündigt, wird Oesterreich dabei um die Genehmigung zu einer Erhöhung der Schatzscheinemission ansuchen, die zur Bedeckung des Budgetausfalles notwendig wurde. Gleichzeitig wird mit den Treuhändern der Völkerbundamleihe bezüglich der Freigabe der Sicherstellungsdepots in der Höhe von ungefähr 28,5 Millionen Schilling verhandelt werden.

Mammys Geschichte

Von William M. John

(Fortsetzung.)

Wie wir beim Schuppen waren, wollte Zar wissen, wer der Mann sei, und warum er mir den Dollar gegeben hatte. Ich sagte, ich kenne ihn nicht, aber das sei doch eine sehr leichte Art, einen Dollar zu bekommen, nicht? Und ich ließ ihn einen Moment den Dollar in der Hand halten.

„Ja, das ist schon wahr,“ sagte er. „Und jetzt haben wir hunderttausend Dollar.“ Wir waren gar nicht lange beim Schuppen, als wir einen Schuß hörten. Zar sprang auf, um ins Haus zu laufen, und ich packte Lizzi und ließ ihm nach. Mammy stand in der Kleiderkabine mit dem Gewehr in der Hand. Als wir näherkamen, sahen wir den Mann mit dem Gesicht nach unten liegen und Blut rann aus seinem Kopf auf dem Boden.

„Martha,“ sagte Mammy zu mir, „dieser Mann schlug mich nieder und ich habe ihn erschossen; geh zum anderen hinaus und sag ihm, daß er ihn holen soll. Ich will ihn nicht hier haben.“

Als ich zum Wagen komme, will der Mann gerade wegfahren. „Sie müssen hinein kommen und Ihren Kameraden holen,“ sagte ich zu ihm. „Mammy hat ihn erschossen und will ihn nicht länger da haben.“

Er sagte: „Ich will verflucht sein, wenn ich das tut. Ich hol' die Polizei!“

Und er fuhr, so schnell er konnte, davon.

Ich ging zurück und sagte es Mammy. Sie wuschte sich mit der Schürze den Schweiß vom

Gesicht und sagte: „Hier kann nichts geschehen, scheint es, ohne daß man um die Polizei schreit.“

Mammy nahm die Kinder und ging mit uns in den kleinen Keller, wo wir früher die Milch hingestellt hatten, ehe die Kühe getorden waren. Ich glaube, sie hatte Angst, den Mann herauszuschleppen, und wir Kinder fürchteten uns auch ein bißchen vor ihm. In der Nacht kamen drei Wagen zu unserem Hause gefahren. Mammy ließ mich und Zar im Keller, um auf Lizzi aufzupassen, und ging hinaus. Ich glaube, ich muß eingeschlafen sein, denn ich kann mich nur erinnern, daß Mammy mich rüttelte und sagte: „Steht auf und komm, wir werden jetzt weggehen.“

Es war gegen vier Uhr früh, als wir vor dem Gefängnis in Trinidad antraten. Der Richter sagte, er wolle mich und Zar irgendwo in der Stadt unterbringen, aber Mammy fragte ihn, ob wir nicht bei ihr bleiben dürfen, und so ließ er uns da. Sie hatten im Gefängnis in Trinidad laufendes Wasser und elektrisches Licht, und sie gaben uns Pfannkuchen mit soviel Sirup, als wir wollten, zum Frühstück. Zar meinte, er wünte ganz gern sein Leben lang im Gefängnis bleiben, wenn das so wäre.

Nachmittags kam ein Mann und führte Mammy weg und sagte, sie müsse verhört werden. Während sie fort war, sprachen Zar und ich mit einem alten Manne, der erzählte uns, er warte schon sechs Monate im Gefängnis, um verhört zu werden. Er fragte, warum wir hier seien, und ich antwortete, daß ich es nicht wüßte, außer vielleicht, weil Mammy gestern einen Mann umgebracht hätte. „Das sei wirklich ein Grund, um im Gefängnis zu sitzen,“ meinte der Mann. „Aber ihr braucht nichts zu fürchten,“ sagte er

uns. „Sie tun einer Frau nie etwas dafür, daß sie einen Mann umgebracht hat.“ Das war für mich und Zar eine große Veruhigung, denn der alte Mann schien sich auszukennen.

Als Mammy vom Verhör zurückkam, fragte sie den Mann, der mit ihr war, ob Zar Lizzi ein bißchen an die Luft führen dürfe. Als sie gegangen waren, war ich mit Mutter allein in der Zelle. „Martha,“ sagte sie zu mir, „sie wollen mich hängen, weil ich diesen Mann gestern umgebracht habe. Und sie werden damit vielleicht Recht behalten, weil wir kein Geld haben, um einen Advokaten zu zahlen. Es macht nichts, wenn es so kommt, denn ich bin von alldem schon so müde. . . . Aber ich möchte gern, daß Du ein gutes Mädchen bist und auf die Kinder acht gibst. Ich habe es nie sehr gezeigt, Martha, aber ich hab' dich sehr lieb, lieber als irgend etwas auf der Welt.“ Dann nahm mich Mammy und preßte mich fest an sich und weinte lange. Es war das erste Mal, daß ich Mammy weinen sah.

Am nächsten Tage kam ein Mann ins Gefängnis und fragte nach Mammy. Er sagte, er sei Advokat und wüßte, mit ihr zu sprechen. Er sah auf mich und fragte:

„Was weiß das Kind davon?“

„Es weiß gar nichts,“ sagte Mammy.

„Na, wir nehmen sie für alle Fälle mit und werden sehen, ob sie sich nicht an etwas erinnern kann,“ sagte er und schaute mich merkwürdig an. Also nahm der Richter Mammy und mich und den Advokaten und sperrte uns in ein kleines Zimmer, wo nichts drin war als ein Tisch und drei Stühle.

„Nun sagen Sie mir alles, was Sie wissen, Frau Jugowitz, und je mehr es die Wahrheit ist, desto mehr kann ich für Sie tun,“ sagte der Ad-

vokat. Mammy sagte, sie wisse nichts, als daß der Mann von hinten hereingekommen sei und sie gefragt hätte, was sie tue. Sie hätte ihm gesagt, sie wüßte, weil wir morgen früh nach Trinidad ausziehen wollen. Und dann schlug der Mann sie nieder, und sie habe ihn erschossen, weil sie glaubte, daß er verrückt sei; das sei alles, was sie wisse.

Und dann fragte mich der Advokat, was ich wüßte. Ich erzählte ihm, wie der Mann mir den Dollar gegeben hatte und daß ich dann den Schuß gehört habe und was Mammy mir gesagt hatte, als ich ins Haus gekommen war. Er wendete sich zu Mammy, als ob er sie schlagen wollte: „Frau Jugowitz, wissen Sie, daß der Mann, den Sie getötet haben, Stuart Johnson war, ein großer Mann in Saint-Louis, mit einer braven Frau verheiratet war und zwei Kinder gehabt hat?“ Er sagte „Kinder,“ ich hatte bis jetzt immer geglaubt, nur arme Leute haben „Kinder“.

„Ich weiß nichts, nur daß ich von allem schrecklich müde bin,“ sagte Mammy.

„Wollen Sie mir einreden, daß Sie den Mann nie vorher gesehen haben?“ sagte er.

Mammy holte tief Atem und sah durch die Stäbe aus dem Fenster.

„Nun, Frau Jugowitz,“ sprach er weiter und sagte etwas von Gefegen, es kommt schon vor, daß Frauen Männer töten und die meisten gehen frei aus, aber die sind jung und hübsch. Sie sind nicht mehr jung und sind nicht genau das, was man hübsch nennt, um Sie haben nicht schöne Kleider, um darin wie eine Pappe auszu sehen; ich glaube nicht, daß Sie je einem Richter einreden werden, daß Sie Johnson nicht kalten Mutes erschossen haben. Und wenn Sie das nicht können, wird dieses Kind eine Waife,“

(Fortsetzung folgt.)

Tagung des Wahlgerichtes

Mandatsaberkennung für zwei kommunistische Parlamentarier. — Um das Mandat des Abg. Dr. Ravasz.

Brag. (Eigenbericht.) Gestern trat unter Vorsitz des zweiten Präsidenten des Obersten Verwaltungsgerichtes Diebold das Wahlgericht zur Entscheidung über mehrere anhängige Angelegenheiten zusammen. Zunächst verhandelte das Wahlgericht den Antrag des Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses auf Aberkennung des Mandates des kommunistischen Abg. Josef Dvořák auf Grund einer gerichtlichen Beurteilung, mit der der Wahlrechtsverlust verknüpft war. Dvořák war im März 1935 vom Kreisgericht Pilsen wegen Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit zu zwei Monaten Kerker verurteilt worden, aber das Oberste Gericht erhöhte ihm die Strafe auf drei Monate, und zwar unbedingt. Dvořák berief sich gegenüber dem Mandatsaberkennungsantrag auf die Dezemberamnestie. Dieser Einwand wurde aber von dem Wahlgericht verworfen unter Berufung darauf, daß durch die Amnestie bloß die Strafe nachgelassen sei, nicht aber die Rechtsfolgen, die die Strafe nach sich zieht. Im übrigen sei das Wahlgericht an das rechtskräftige Urteil des obersten Gerichtes gebunden. Das Wahlgericht sprach demnach die Mandatsaberkennung aus. An die Stelle Dvořáks tritt Karl Procházka.

Als zweite Angelegenheit verhandelte das Wahlgericht den Antrag des Vorsitzenden des Senates auf Aberkennung des Mandates des kommunistischen Senators Franz Kubáček. Dieser ist seinerzeit, noch als Abgeordneter vom Abgeordnetenhause ausgeliefert und vom Kreisgericht Pilsen wegen Verbrechen nach § 6 des Schutzgesetzes und des Vergehens des Auslaufes zu sechs Monaten schweren Kerkers verurteilt worden. Die Wahlen des verfloffenen Jahres brachten ihn als Senator neuwählt in die Nationalversammlung. Unter Berufung auf die neu erlangte Immunität erhob Kubáček die Einwendung eines wesentlichen Verfahrensmangels, da er nur als Abgeordneter ausgeliefert worden sei und nicht als Senator. Das Wahlgericht verworf diese Einwendung und erkannte auch in dieser Falle auf Aberkennung des Mandates. In der Begründung wird angeführt, daß der Auslieferungsbefehl jener Kammer maßgebend sei, der Kubáček zur Zeit des seinerzeitigen Strafverfahrens angehöre. Kubáček Nachfolger wird Michal Králík.

Der dritte verhandelte Fall betraf die Angelegenheit des Abg. Viktor Kabaš, der auf die Liste des slowakischen Autonomistischen Blokes gewählt wurde, der sich neben der slowakischen Volkspartei Hlinkas aus der slowakischen Nationalpartei (Karbáňafrana), dem bauerlichen „Zemědělský Sojus“ und dem polnischen „Polski Stronnictwo“ zusammenschloß. Dr. Kabaš unterschrieb der Hlinkapartei einen Reberd, durch welchen er sich verpflichtete, im Falle eines Verstoßes gegen das Parteiprogramm, bzw. gegen die Parteinteressen, sein Mandat niederzulegen. Im Juni v. J. wurde nun in der Slowakei eine Broschüre verbreitet, in welcher gegen die Leitung der Hlinkapartei schwere Angriffe gerichtet wurden. Bei einer Sitzung des parlamentarischen Klubs des autonomistischen Blokes erklärte Dr. Kabaš, er habe das Material zu dieser Broschüre geliefert und die Autorschaft sei zu achtzig Prozent ihm zuzuschreiben. Daraufhin wurde er durch Beschluß des Parteivorstandes aus der slowakischen Volkspartei ausgeschlossen und der autonomistische Blok beantragte in weiterer Folge beim Wahlgericht die Aberkennung des Mandates. Bei der gestrigen Verhandlung wurde der autonomistische Blok durch den Generalsekretär der Hlinkapartei vertreten.

Dr. Kabaš wendete ein, daß er dem Blok gegenüber keinerlei Verpflichtungen eingegangen sei, sondern lediglich gegenüber der slowakischen Volkspartei. Der Blok habe daher keine Legitimation für den Mandatsaberkennungsantrag, sondern höchstens die slowakische Volkspartei. Demgegenüber beriefen sich die Vertreter des Blokes darauf, daß die Hlinkapartei keine Wahlpartei sei, als welche bloß der Blok anzugehen sei, der aber wieder keinen Vorstand konstituiert hat. Daher sei in Fällen wie diesem das Einschreiten der Partei maßgebend, welcher der Betreffende vor der Blokbildung angehört und der Blok berufe sich daher mit Recht auf den rechtskräftigen Ausschließungsbeschuß der slowakischen Volkspartei. In dieser Sache fällt das Wahlgericht keine Entscheidung, sondern verknüpfte, daß die Publikation des Erkenntnisses in unbestimmter Zeit erfolgen werde.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit schritt sodann das Wahlgericht zur Verhandlung über das Ansuchen des ehemaligen kommunistischen Abgeordneten Stejka um Erneuerung seines Verfahrens und erledigte sodann noch in vorgerückter Nachmittagsstunde die Verifizierung der Parlaments- und Landesvertretungsmandate.

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Die Graslitzer Musikinstrumenten-Industrie weist leichte Besserung auf

Einen hervorragenden Platz nimmt in der tschechoslowakischen Exportindustrie die Erzeugung von Musikinstrumenten ein, die neben Schönbach, wo vor allem Geigen erzeugt werden, in Graslitz zentralisiert ist. Die Graslitzer Musikinstrumentenproduktion genießt Weltruf und zählt zu jenen Industriezweigen, die noch bis vor kurzem in der Bilanz des tschechoslowakischen Ausfuhrhandels auf der Aktivseite verzeichnet war. Seit 1929 ist darin allerdings eine dauerhafte Wandlung eingetreten, die jedoch, wie festzuhalten ist, inzwischen abgelöst worden ist von einer — wen auch bescheidenen, immerhin aber doch bemerkenswerten — Belebung des Exportgeschäftes in diesem Produktionszweig.

Seit diesem Jahre 1929 ist die Ausfuhr von Streichinstrumenten, Soloblas-, Puff-, Blechblas- und Schlaginstrumenten, Posa- und Mundharmonikas, Saxophonen, Bestandteilen für Musikinstrumente aller Art, Saiten usw. auf 34% gestiegen, wobei aber zeigt das Jahr 1935 gegenüber den Jahren 1932, 1933 und 1934 bereits eine wesentliche Besserung; denn gegenüber 1929 war im Jahre 1932 nur mehr ein Export von 30% und 1933 gar ein solcher von nur 25 Prozent zu verzeichnen. 1934 zeigte sich bereits eine Verbesserung insofern, als der Export ganz leicht anstieg (auf 31,5 Prozent), und im Jahre 1935 hatte der Export der Graslitzer Musikinstrumentenindustrie immerhin bereits wieder, im Verhältnis zum Konjunkturjahr 1929, 34,3 Prozent erreicht.

An erster Stelle stehen hierbei Mundharmonikas, an zweiter Saiten, an dritter Puffinstrumente, an vierter Soloblasinstrumente, an fünfter Zugharmonikas, an sechster Blechblasinstru-

mente und Saxophone und an siebenter Streichinstrumente.

So erfreulich die Steigerung des Exportes an Graslitzer Instrumenten im abgelaufenen Jahre ist, so bedauerlich erscheint es, daß die Ausfuhrmöglichkeiten dieser bedeutenden Industrie unseres Ertragsgebietes gerade in der letzten Zeit auf große Schwierigkeiten gestoßen ist. Zu einem Teil ist es die völlige Abschließung einzelner Länder gegen jede Einfuhr, und zum anderen Teil sind es die Clearingabkommen mit ihren unumgänglichen Bestimmungen, die den Warenverkehr zwischen den Staaten in der empfindlichsten Weise hemmen und unterbinden. Es muß als geradezu grotesk in dieser Zeit der allgemeinen Wirtschaftskrise bezeichnet werden,

daß der Graslitzer Instrumentenindustrie sehr erhebliche Aufträge aus der Türkei, aus Ungarn, Bulgarien, Griechenland, Dänemark, Rumänien und der Baltischen Staaten vorliegen, daß aber so gut wie keine Möglichkeit besteht, diese Ordres auszuführen.

Der italienische Markt wurde im Zuge der Sanktionen infolge des kriegerischen Konfliktes mit Abyssinien abgeriegelt. Gegenüber Deutschland, das seit jeder der Hauptabnehmer Graslitzer Musikinstrumente gewesen ist, ist so gut wie keine Belieferungsmöglichkeit mehr gegeben. Das Ende 1934 abgeschlossene Clearing-Übereinkommen zwischen der Tschechoslowakei und dem Deutschen Reich hat den bisherigen starken Export beträchtlich herabgemindert. Es hat langer Verhandlungen bedurft, um zu erreichen, daß Deutschland das Kontingent für Musikinstrumente und Bestandteile (das Ende 1934 mit 250.000 Rentenmark festgesetzt war), auf 420.000 RM. erhöht worden ist.



Atusturner! Atusturnerin!

- Der 1. Mai ist unser Kampftag!
 - Der 1. Mai muß den Atus in seiner vollen Stärke in den Reihen der sozialistischen Arbeiterchaft sehen.
 - Der 1. Mai ist unser großer Werbetag für das 3. Bundesturnfest in Komotau!
 - Der 1. Mai ist der Stichtag für die ermäßigte Dauereisfestkarte.
 - Der 1. Mai muß 20.000 Atusmitglieder in Uniform auf der Straße sehen!
- Benühet die letzten Tage vor dem 1. Mai, um auch den letzten Mann zu aktivieren. Ergänzt eure Turnkleidung. Bereitet die Werbeproschüren für das 3. Bundesturnfest vor.

Prager Arbeiter-Rundfunk zum 1. Mai

Die Prager Deutsche Arbeiterzeitung bringt am Freitag, den 1. Mai von 18 Uhr 10 bis 18 Uhr 50 folgendes Festprogramm im großen Sender des Prager Radiojournals:

Uvertüre zu „Figaros Hochzeit“ von W. A. Mozart

Lied der Arbeit, Männerchor (von Josef Štěpán, Text von J. J. Šafář)

In diesem 1. Mai (Gesicht von D. W.)

Fest-Ansprache unseres Parteivorstehenden Ministers Genossen Dr. Ludwig Ezech

Wir Frauen!, Frauenchor (von E. Krahnig, Text von G. Weisler)

Im Morgenrot, gemischter Chor (von G. Ad. Uthmann, Text von Carl Broch)

Regitationen:

Wahnungen, Ahnungen von F. Heine

Menschliche Gesellschaft von Fr. Hebbel

Das Brandmal

Der Sieg des Lichtes von G. A. v. Maltitz

Brüder, zur Sonne, zur Freiheit! Gemischter Chor (russische Volkweise, Text von Hermann Scherchen)

Die Staatsbühne

Die Chöre werden gesungen von der Sängerriege des Atus Kosolub; Chormeister: Hochlehrer Genosse Franz Gála, Landesvertreter. Die Regitationen spricht Hans Lichtwitz-Prag. (Etwas unwesentliche Programm-Änderungen bleiben vorbehalten.)

Steckbrief gegen einen ehemaligen Pfarrvikar wegen Verdachtes eines Schutzgesetzverbrechens

Von der Ratokammer des Leitmeritzer Kreisgerichtes wurde gegen den ehemaligen Pfarrvikar Leopold Efelbach in Karbisch ein Steckbrief wegen des Verdachtes des Verbrechens nach Paragraph 2 des Schutzgesetzes erlassen.

Pfarrvikar Efelbach war seit mehreren Monaten infolge verschiedener Unstimmigkeiten zwischen ihm und einzelnen Mitgliedern der evangelischen Gemeinde Karbisch nicht mehr mit der Pfarrerisierung der Gemeinde betraut und hatte vor längerer Zeit auch seinen letzten Aufenthaltsort Karbisch verlassen. Er ist zur Zeit unbekanntem Aufenthaltsorte und da ihm deshalb auch eine Ladung vor das Untersuchungsgericht in Leitmeritz nicht zugestellt werden konnte, wurde jetzt der Steckbrief erlassen.

Ein Beleidiger unserer Partei verurteilt

Am 23. April fand vor dem Kreisgerichte in Eger ein Preßprozeß seinen Abschluß, welchen die Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei, repräsentiert durch den Stellvertreter des Parteivorstandes, Gen. Abg. de Witte und den

Meihspartheisekretär Gen. Abg. Taub, gegen Hermann Meyer, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlichen Redakteur der „St. Joachimsthaler Zeitung“ in St. Joachimsthal angeklagt hat.

Gegenstand der Klage war der Leitartikel in der „St. Joachimsthaler Zeitung“ vom 20. Februar 1935, in welchem über eine öffentliche Versammlung der Sudetendeutschen Heimwehrfront berichtet wurde.

Der Artikel enthielt die Wiedergabe einer Rede des Heleinredners Ing. Menzel aus Eger, der es für gut befunden hatte, über die Deutsche sozialdemokratische Partei zu sagen, daß sie alles begeistert, was mit Volkstum und Heimat treue zusammenhängt, sie sei zur Sammelstelle gewöhnlichsten Denunziantentums und zum Hort des Emigrantengefindels geworden. Der Redner des Herrn Helein sprach auch von Vögen, hohen Gebätern und dergleichen.

Ueber diese Klage fanden mehrere Hauptverhandlungen statt, bei denen Gen. Dr. Enger (Eger) als Substitut des Gen. Dr. Schwelb (Prag) als Vertreter unserer Partei eintrat.

Bei der am 23. d. M. abgehaltenen Schlußverhandlung wurde nun Hermann Meyer im Sinne der Klage schuldig erkannt und zu einer Strafe von drei Tagen, verhärtet durch eine Feste unbedingt verurteilt. Weiters wurde ausgesprochen, daß der Angeklagte verpflichtet ist, den Urteilspruch in der „St. Joachimsthaler Zeitung“ aufzunehmen und es wurde der sozialdemokratischen Partei das Recht zuerkannt, den Urteilspruch im „Volkswille“ und im „Sozialdemokrat“ auf Kosten des Angeklagten einschalten zu lassen. Selbstverständlich wurde Meyer auch zum Kostenersatz verurteilt.

Der Angeklagte wollte ursprünglich die Strafe annehmen, hat sich dann jedoch Bedenkzeit erbeten.

Wie es dem SdP-Abgeordneten Stangl bei den Bischofteinitzer Sozialdemokraten erging

Die auch in Bischofteinitz ganz besonders manifesten Sozialdemokraten hielten am vergangenen Sonntag eine öffentliche Versammlung ab, zu der mehrere Hundert Menschen strömten. Das paßte den Helein's natürlich nicht. Also rückten auch an die achtzig ihrer Leute unter Führung des Bischofteinitzer SdP-Abgeordneten Stangl zur Versammlung an. Außerdem kamen noch drei Referenten und Sekretäre mit. Bezirksvertragemann Genosse März aus Ronsperg, der den Vorsitz inne hatte, gab nach den üblichen Begrüßungsworten bekannt, daß dem Referenten Abgeordneten Genossen Jaksch unbeschränkte Redezeit zur Verfügung stehe, während alle Debatteredner eine Viertelstunde sprechen können. Das war für die Heleinleute das Signal zu den ersten Störungsversuchen; sie verlangten unter lautem Lärm die Wahl des Präsidiums und volle Redefreiheit. Sie wurden aber von dem Vorsitzenden energig zurückgewiesen, der ihnen bedeutete, daß sie eine eigene Versammlung einberufen mögen, falls sie wollen, daß jeder ihrer Redner stundenlang sprechen kann. Seine Ermahnungen, die Ruhe zu bewahren, wurden jedoch nicht befolgt; es kam zu

immer heftigeren Zwischenrufen, so daß Genosse März schließlich den Ordern die Weisung geben mußte, die Aufstörer aus dem Saale zu bringen. Innerhalb fünf Minuten war dann Abg. Stangl samt dem Großteil seiner Garde an die Luft gesetzt. Genosse Jaksch konnte sein Referat über die politische und wirtschaftliche Lage in voller Ruhe zu Ende führen. Er wurde wiederholt von Zustimmungskundgebungen unterbrochen und am Schlusse seiner Ausführungen gab es reichen Beifall. Die im Saale verbliebenen Heleinleute aber blieben ruhig.

SdP-Beschwerde an den Völkerbund

Wie die „Zeit“ meldet, haben Konrad Helein und die Parlamentarier der Sudetendeutschen Partei beim Sekretariat des Völkerbundes in Genf eine Beschwerde gegen den Cehaj des Nationalverteidigungsministers Machnik über die Vergütung von Staatslieferungen überreicht.

Einige tschechische Nachmittagsblätter nehmen bereits zu diesem Schritt der SdP Stellung. So schreibt der agrarische „Večec“: Die Sudetendeutsche Partei und ihr Vorsitzender waren nicht gut beraten, wenn sie außerhalb des Staates appellieren. In der Diskussion, welche in der Tschechoslowakei möglich ist, hat jede politische Partei auf parlamentarischem Boden auch durch das Interpellationsrecht die Möglichkeit, die Verrichtung eines vermeintlichen Unrechtes anzustreben. Im übrigen schaut in der Zeit, da die Helein-Leute selbst eine Kontrolle der deutschen Fabriken und ihrer Angestellten einführen und die Aufnahme tschechischer Angestellter nicht erlauben, ihr Appell nach Genf sehr eigenartig aus.

Die Prolongierung der Mai- und Juni-Staatskassenanweisungen hat einen vollen Erfolg aufzuweisen. Nach den bisherigen Ausweisungen wurde die Prolongation mit 800 bis 700 Millionen Kč bedeutend überzeichnet. Von den neuen Zeichnungen wird das Finanzministerium lediglich die dreijährigen Kassenanweisungen übernehmen können.

An unsere Abonnenten, Leser und Kolporteur!

Wegen des Staatsfeiertages am Freitag, den 1. Mai, entfällt am Samstag, den 2. Mai unsere Ausgabe. Die nächste Ausgabe erscheint dann zur gewöhnlichen Stunde am Sonntag, den 3. Mai. Die Verwaltung.

Verfehlungen eines langjährigen Genossenschaftsfunktionärs

Im Bezirkskonsum- und Sparverein Dessendorf hat sich ein ganz ungewöhnlicher Fall von unrechtmäßiger Verwendung von Genossenschaftsgeldern ereignet. Der Kassier Förster, der diese Funktion seit mehr als zwanzig Jahren bekleidet hat und zugleich Bürgermeister der Gemeinde Dessendorf gewesen war, hat ohne Wissen der übrigen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder Gelder der Genossenschaft im Betrage von 171.000 Kč zur Bezahlung von schuldigen Rechnungen des Gemeindefinanzverwalters verwendet. Förster war bisher zugleich der Kassierverwalter des Vereins. Die Verwendung der Gelder wurde bei der Verbandsrevision festgestellt. Auf Grund der Belege der von Förster bezahlten Rechnungen ist an die Gemeinde das Ansuchen um Anerkennung der Forderung des Konsumvereines gestellt worden. Die behördliche Revision der Kassensführung der Gemeinde wurde vom Landesamt verlangt. Die Kasseneinlage der Genossenschaft ist in Unordnung und weist noch einen Fehlbetrag auf, dessen Höhe jedoch erst nach Beendigung der Revision und der damit stattfindenden Ueberprüfung aller Anteils- und Spareinlagendbücher genau festgestellt werden kann. Die Verwandten des Kassiers haben sich verpflichtet, der Genossenschaft jenen Teil des Schadens in monatlichen Zahlungen zu ersetzen, der sich als Fehlbetrag in der Kassa nach Abrechnung der für die Gemeinde verwendeten Gelder ergeben wird. Förster hat seine Funktion in der Genossenschaft zurückgelegt, ebenso ist er von dem Amte als Bürgermeister der Gemeinde zurückgetreten und hat zugleich seinen Austritt aus der Partei vollzogen. Förster hatte unbedingtes Vertrauen genossen. Darauf und auf die schwer kontrollierbare Art, in der er die Kasseneinlagen vorgenommen hat, ist es zurückzuführen, daß der Abgang großer Geldbeträge durch lange Zeit nicht bemerkt worden ist.

Die Genossenschaftsleitung hat sofort nach Bekanntwerden der Verfehlungen des Kassiers eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, die beschlossen hat, die Geschäftsführung der Genossenschaft dem Geschäftsführer des Allgemeinen Konsum- und Sparvereines in Reichenberg, Genossenschaftler Reichelt, zu übertragen. Den Spareinlegern wurde mitgeteilt, daß die Genossenschaft einen jeden Betrag sofort und ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zurückzahlt. Es sind Maßnahmen ergriffen worden, um eine gründliche Veffierung auch bei dem Spargeschäft herbeizuführen. Die Beschlüsse der Generalversammlung bilden die Grundlage der Genossenschaftsreform, die in den letzten 2 Wochen steigende Umsätze und die Verbesserung von Spareinlagen ist eine ganz geringe. Das ist der beste Beweis des Vertrauens der Mitglieder zu dem sicheren Stande der Genossenschaft und ihrem neuen Geschäftsführer.

Der immer noch wachsende Industrie-Friedhof

Die Gardinenfabrik Pačovský & Co. in Pausch, die in ihrer Blütezeit zweihundert Menschen beschäftigte, geriet 1931 in Zahlungsunfähigkeit und ging in den Ausverkauf. Die Hoffnung, daß das Unternehmen dann wieder dauernd flott werden würde, erwies sich als trügerisch; im Jahre 1934 setzte der Konkurs der Arbeit ein Ende. Und hier muß festgestellt werden, daß die Gemeinde damals schon erkannte, welchen Schlag es für die Stadt bedeuten würde, dieses Unternehmen zu verlieren. Deshalb kamen die Sparkasse, das Elektrizitätswerk und die Gemeinde dem Unternehmen bei der schleppenden Zahlungsweise entgegen, um den vorzeitigen Stillstand des Betriebes zu verhindern und seinen Ankauf durch eine andere Firma möglich zu machen. Nach zweijähriger Hinschleppung wurde die Fabrik endlich von der Großfirma Švobolov in Pörsnitz gekauft. Wochenlang bemühten sich die Pauscher Gemeindevorsteher vergeblich um eine Aussprache mit den neuen Chefs. Inzwischen aber verfiel diese Firma alles, was an Einrichtung vorhanden war, und legte schließlich dem Werk die Krone auf, indem sie auch noch das ausgeräumte Fabrikgebäude als Lagerhaus an die Bezugs- und Verwertungszentrale G. m. b. H. des Zentralverbandes der Landwirtschaftlichen Genossenschaften in Brünn verkaufte.

Damit hat das arme Pausch fast das Letzte verloren, was sie noch an Industrie besaß.

Sozialdemokraten von Brüx gegen den Regierungskommissär Dr. Pfleger

Die fassbar bekannten Verhältnisse im Bezirk und nicht zuletzt der Standpunkt, den der Regierungskommissär Dr. Pfleger in seiner Information an die Presse am 17. April wegen Verpachtung des städtischen Gaswerkes und durch seine Berichtigung an die „Brüxer Zeitung“ vom 21. April einnahm, haben die Vertreter der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei bewogen, fünfzig an den Sitzungen des Rates nicht mehr teilzunehmen.

Tödlicher Unfall. Auf dem Bahnhof in Komotau wurde von einer aus dem Heizhaus kommenden Lokomotive der im Jahre 1913 geborene und in Schönberg bei Komotau wohnende Oberbauarbeiter Jaroslav Jiranek erfaßt, zu Boden geworfen und überfahren. Er war auf der Stelle tot! Jiranek ist ledig.



Die Welt feiert den Geburtstag Shakespeares

In Stratford-on-Avon fand am 23. April, der nicht nur sein Geburtstag, sondern auch sein Todestag ist, auch in diesem Jahre eine große Geburtstagsfeier für Englands bedeutendsten Dichter und den größten Dramatiker der Weltliteratur, William Shakespeare statt. Den Höhepunkt der Feier bildete die Aufführung der Klagen aller Kulturenationen in der Hauptstraße dieses kleinen Geburts- und Sterbortes Shakespeares. Hier sieht man den Festzug der Teilnehmer, die sich mit Blumenkränzen zum Denkmal des großen Dichters begeben.

Tagesneuigkeiten

Die Affenschande der „Kultur“

Ein geistiger Führer des Nazismus hat bekanntlich erklärt, er entsetze den Revolver, wenn er bloß das Wort Kultur höre. Soll man zwischen diesem offenen Bekenntnis zur Unkultur und der schamlos ekelhaften Kulturlüge der italienischen Spielart wählen, so fällt einem heute die Entscheidung reichlich schwer. Man ist beinahe geneigt, den unbedenkten nordischen Barbaren sympathischer zu finden als das schleimige Gezücht, das sich als Erbe „antiker Kultur“ ausgibt. Der Ragen muß sich jedem fühlenden Menschen undrehen, wenn er in einer offiziellen italienischen Propagandaschrift, die jetzt, nach rund 30 Giftgasangriffen auf wehrlose Menschen, nach der Massenmordelei an Frauen und Kindern erschienen ist, das folgende Lesen muß:

Die im Ausland verbreiteten Nachrichten über italienische, der einheimischen Bevölkerung überlegte Repressalien wegen grausamer Mißhandlung einiger italienischer Soldaten sind glatte Märchen. Die Wahrheit entspricht nahezu dem Gegenteil: denn das Liebesmahl antiker Zivilisation erregt im Faschismus ein Uebermaß an Sanftmut. Ist einmal der Kampf zu Ende, so zeigt der italienische Soldat keine Spur von Gehässigkeit wider den Eingeborenen. Natürlich bringt der Krieg unerbittliche Forderungen mit sich, aber, alles in allem, ist man eben doch vor den Kopf geschlagen, wenn man in gewissen Zeitungen die Regierung Roms und den barbarischen Gewalttäterer Abbas Abbas auf die gleiche Stufe gestellt sieht. Wer wirklich die Krone des italienisch-afrikanischen Konfliktes aufgeschlagen hat, der vermag nicht zu begreifen, wie man Waffenlärm in Europa vernehmen kann, wo doch die Nachkommen Cäsars, Augustus und Trajanus nicht nur als Fürsorgsamen und Straken bauen mitten im Herzen des barbarischen Kaiserreichs der Welt.

Die größere Schmach aber, die wahre Affenschande unserer Zeit ist es, daß dies nicht in Rom getrieben wurde, sondern ein Gnat aus dem „Petit Parisien“ ist, einer Zeitung, die nicht müde wird, den Schatz Europas und des Völkerbundes für die „Heiligkeit der Verträge“ und die „Sicherheit Frankreichs“ anzurufen! Der Vursche, der für die Lumperei verantwortlich zeichnet, nennt sich Emanuel Jacob. Eine kleine Prifecht italienischen Kulturparfums wäre ihm von Herzen zu gönnen!

Eine erfreuliche Erscheinung. Vor einer Woche ersuchte die Liga für Menschenrechte die Leser verschiedener Blätter um Beiträge für die Familie Nikola Genul, welche an der tschechisch-polnischen Grenze froh und hungert. Wahrhaftig rührend wirkt die menschliche Solidarität, welche sich in Beiträgen äußert, die zugunsten der unglücklichen Familie eingehen. Es sind dies größtenteils Beträge von drei bis fünf Kronen, welche von Leuten gesandt werden, welche bescheiden leben und sich selbst etwas von ihrem kleinen Verdienst verlagern müssen — jedoch sie helfen! Es sind dies: Eisenbahner, Pensionisten, Post-, Steuer- und Privatbeamte, Angestellte der staatlichen Sägewerke, Lehrer, Kaufleute, kleine

Landindustrielle, Ärzte, Offiziere, ein Mittelschüler, eine Reihe von Frauen und andere. Es sind diese Leute, die menschlich fühlen und handeln; ihre Spenden sind ein schöner Beweis tatsächlicher Humanität. Es langten auch Sachspenden ein und diese sowie die Geldspenden wurden bereits nach Karpatenrußland gesandt.

Antisemitische Demonstrationen in Pörsnitz. Freitag abends wurde in einigen Kinos in Pörsnitz der Golem-Film gespielt. Dabei kam es zu Demonstrationen, an denen Herkule Studenten und Heine-Leute beteiligt waren und die einen antisemitischen Charakter trugen. In dem einen Kino machte die Vorstellung abgebrochen werden, die Polizei räumte den Saal und dann erst konnte weiter gespielt werden. In dem anderen Kino mißlang der Versuch, die Vorstellung zu fördern. Die Unruhen pflanzten sich dann vor dem Café Victoria sowie in der Judengasse fort, wo die Fenster eines jüdischen Geschäftsinhabers eingeschlagen wurden. Der Polizei wurden insgesamt 21 Personen vorgeführt, darunter auch der Tenor Stefan Hoya.

Im Lande Starbembergs. In Hall in Tirol beging der Direktor des städtischen Elektrizitätswerkes Johann Wopner Selbstmord. Wopner, der bis zu seinem Tode große Achtung und Vertrauen genoss, hat durch die 22 Jahre, die er das städtische Kraftwerk leitete, Anterschiedungen großen Stills begangen. Man spricht von rund 300.000 Schilling.

Nach der gefangenen Wäntenkönig. Bei Aufräumungsarbeiten in einem Löwental des Jagdpavillons der internationalen Wäntermesse in Malland führte sich plötzlich ein Löwe auf den Wänter und verbiß sich in dessen Schultern. Die übrigen Angestellten eilten dem Wänter zu Hilfe und befreiten ihn. Er wurde schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht.

Das Risiko des Rekordfahrers. Der bekannte Kraftwagenrennfahrer Giovanni Farina aus Turin, der bei zahlreichen großen Autorennen einen Platz in der Spitzengruppe der Fahrer einnahm, ist bei einer Trainingsfahrt auf der Monza-Bahn schwer verunglückt. Er wurde bei einer Kurve aus der Bahn geschleudert, wobei der Wagen vollständig in Trümmer ging. Farina erlitt schwere Verletzungen.

Wer spricht heute noch von Thomas Mann? (fa) Streichers „Stimmen“ bringt in seiner Nummer 10 (März 1936) eine Glosse „Das große Vergessen“. Es verlohnt, einige Sätze daraus zu zitieren:

„Drei Jahre sind seit der nationalsozialistischen Revolution vergangen. Eine winzige Spanne Zeit. Und doch können wir uns kaum mehr erinnern, wie es einst war. Wer spricht heute noch von Thomas Mann... Sie sind vergessen. Wir schämen uns, je ein Buch dieser Sudler gelesen oder gar gekauft zu haben. Unter Volk hat sie mit der schwersten Strafe gestraft: mit dem Vergessen. Wir halten höchstens ein Augenbild die Rede zu, wenn der Wind einen Hauch des Gestankes, den sie im Ausland verbreiten, bis zu uns trägt. Wir fühlen in diesen Momenten so recht, wie wir los geworden sind. In uns kommt kein Gefühl des Hasses hoch, wenn wir alle Jahre einmal zufällig auf ihre Namen stoßen. Der Doh ist im Grunde etwas Großes. Großes aber wollen wir an diese Bische nicht verhandeln. Aus einem ungelunden Empfinden heraus hat unser Volk für alle die Giftmischer eines gefunden: das große Vergessen.“

Wer spricht heute noch von Thomas Mann? Die ganze Welt! Und morgen auch wieder Deutschland!

Lieber tot, als nochmals nach Sachsenburg. Ein Häftling des Konzentrationslagers Sachsenburg aus dem Orte Heringsdorf bei Wittow wurde furchtbar erschlagen und mit verletzten Wunden und 40 Grad Fieber in das Krankenhaus in Chemnitz eingeliefert. Es gelang ihm nach einigen Tagen von dort zu entfliehen. In seiner Heimat angekommen wurde er von seinen Freunden sicher verborgen und gepflegt. Trotz eines Massenaufgebotes von Polizei und SA wurde er dank der Hilfe vieler Gefinnungsfreunde nicht erbeut. Zu seinem Ingsid erkannte ihn aber nach einiger Zeit ein Kriminalverbrecher, der ebenfalls in Sachsenburg gewesen war und ihn der Polizei anzeigte. Als die Polizei bei dem Mann eintraf, um ihn erneut zu verhaften, stürzte er sich mit den Worten: „Lieber tot, als zurück in diese Hölle!“ ins Wasser (SA)

300 Kinderspielfläche in Leningrad. Nach der „Leningradskaja Prada“ vom 17. April werden in Leningrad für die Sommerperiode 300 Kinderspielfläche eröffnet werden. Für die Einrichtung dieser Spielfläche werden von der städtischen Abteilung für Volksbildung 500.000 Rubel ausgezahlt. (S)

Arbeiterkarten am 1. Mai! Das Eisenbahnministerium bewilligte, wie schon einmal gemeldet, die außertourliche Benutzung der Arbeiter-Wochenkarten, welche für die Fahrt vom Wohnort zum Arbeitsort in der Zeit vom 27. April bis 2. Mai 1936 gelten, auch zur Beteiligung an den Feiern, welche am 1. Mai 1936 veranstaltet werden. Soweit die Angestellten (Arbeiter) zur Fahrt an den Arbeitsort Arbeiter-Rückfahrkarten benötigen, bewilligte das Ministerium die Verwendung von solchen auch am 1. Mai 1936.

Vor dem Jugendgericht in Mähr.-Odrau hatten sich Samstag zwei 16jährige Anaben zu verantworten. Der eine von ihnen hatte sich einen Revolver gekauft und beide verabredeten, den Wächter der Grube „Frang“ zu überfallen. Als sie dem Wächter nicht begegneten, überfielen sie zwei Frauen, einmündeten ihnen jedoch nichts. Außerdem verübten sie einige kleinere Diebstähle. Beide wurde zu je 15 Monaten Verschließung verurteilt; sie nahmen die Strafen unter Tränen an.

350.000 Kč in 12.831 Gewinnen gelangen zur Verlosung bei der 6. Effektenlotterie des Bundes der Kriegsverletzten, Witwen und Waisen, Zentrale Reichenberg, 1. Haupttreffer 100.000 Kč, 2. Haupttreffer 20.000 Kč, 3. Haupttreffer 10.000 Kč. Die ersten drei Haupttreffer werden auch in Bar ausbezahlt. Hauptgewinne wurden bisher ausgezahlt nach Aich, Aulitz, Frauenau bei Hohenfurch, Meiß, Grünwald a. R., Komotau, Reichenberg, Röhbach und Widach, Ziehung am 14. Oktober 1936. Lose zum Preise von 5 Kč in allen einschlägigen Geschäften. Schriftliche Bestellungen nimmt entgegen: Bund der Kriegsverletzten, Witwen und Waisen, Reichenberg, Leisingstraße 2.

Die Witterung in Mitteleuropa sieht andauernd unter dem Einfluß eines langsam zerfallenden Drucktiefs, das sich über die Dniep erstreckt. An dessen Westseite strömt gegen Süden kühlere Luft von Westsibirien, die bei uns die Temperaturen unter dem Normalwert erhält. Eine durchgreifende Bänderung des Wetters wird deshalb erst dann beginnen, bis sich jenes Drucktief ausfüllen wird. — Wahrscheinlich größere Wetter von heute: Zunächst noch größere Bewölkung, nur schwache lokale Schauer, besonders aber in der Osthälfte der Republik, möglich kühl. Später in Böhmen fortwährende Ausbänderung, Erwärmung und Windstärkung nach Südwesten. — Wetteraussichten für Montag: Weitere Besserung der Witterung, wärmer, Südwestwind.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen

Montag:

Bras, Sender R: 6.15: Symphonie und Salonorchester, 10.05: Deutsche Presse, 11.35: Mozart-Kompositionen, 12.10: Operngesänge, 12.35: Musiksalonkonzert, 13.40: aus „Garden“, 17.40: Russische Lieder, 18.10: Deutsche Sendung: Körpererziehung, 18.30: Dozent Vumba: Verschiedene Arten von Schwerverbriet, 18.45: Deutsche Presse, 19.15: Englisch für Anfänger, 21.20: Reportage aus dem Weimarer Theater, 22.40: Deutsche Presse, Sender S: 7.30: Salonorchesterkonzert, 14.20: Deutsche Sendung: Roman mit Schallplatten v. S. Jordan, 14.50: Deutsche Presse, 18.10: Konzert, 19.10: Harmonikafolios. — **Brünn** 17.20: Bühnenarbeiten, 17.40: Deutsche Sendung: Dr. Feinermann: Wichtigste Epochen der englischen Literatur, 19.30: Liebe auf Reifen, Operettenrevue. — **Breslau** 18.10: Nachmittagskonzert, 22.45: Tanzmusik. — **Kaschau** 12: Aus Smetana-Opern, 20.40: Rundfunkorchesterkonzert. — **Mährisch-Odrau** 15: Nachmittagskonzert, 18.10: Deutsche Arbeiter-Sendung: Kamler: Das Buch, Budget und die Arbeiterkraft. — **Klaviersonzert**, 21.35: Mozart-Kompositionen.

Dienstag:

Bras, Sender R: 10.05: Deutsche Presse, 11: Dvořák: Waldarie, 11.05: Rundfunk für deutsche Schulen, höhere Stufen, 12.35: Mittagskonzert, 13.40: Aus „Hoffmanns Erzählungen“, 18.10: Deutsche Sendung: Neue Kammermusik, 18.45: Deutsche Presse, 19.10: Militärkonzert, 20: Griechische Lieder, 21: Rundfunkorchesterkonzert, 22.15: Tanzmusik. Sender S: 7.30: Populäres Konzert, 14.15: Deutsche Sendung: Schallplatten, 14.50: Deutsche Presse, 18: Volkslieder, 18.20: Saxonfolios. — **Brünn** 17.20: Opernarien, 17.40: Deutsche Sendung: Arbeiterfunk: Sozialinformationen, Häßl: Mode und Politik, 18.30: Geigenfolios, 20: Gitarrenlieder. — **Breslau** 15: Nachmittagskonzert, 19.45: Liederkonzert. — **Mährisch-Odrau** 18.10: Nachmittagskonzert, 17.35: Liederkonzert, 18.10: Deutsche Sendung: Landwirtschaft.



Seinen Sohn nach 18 Jahren als berühmten Vagabond wiedergefunden

Auf eine romantische Weise fand der berühmte französische Vagabond Valentin Angelmann seinen Vater wieder. Dieser war, als Valentin Angelmann drei Jahre zählte, in den Krieg gezogen, aber nicht wieder heimgeführt und deshalb als Vermisster in die Listen eingetragen worden. Vater Angelmann, der dennoch heil aus dem Kriege zurückgekommen war, vermochte seine Familie nicht wieder aufzufinden, trotzdem er eifrig danach suchte. Nachdem sein Sohn zum erstenmal bei einem Vorstoß in Ardennes beobachtet wurde, erfuhr der Vater durch die Zeitungen von seinem Aufenthaltsort und traf ihn zum erstenmal bei einem Vorstoß in Ardennes wieder. Unser Bild zeigt die Begrüßung zwischen Vater und Sohn.

Telefonverbindung Moskau—New York. Die Tafel meldet in der „Leningradskaja Pravda“ vom 15. April, daß am 14. April um 7 Uhr 20 Min. abends die neue Telefonlinie Moskau—New York zu funktionieren begann. Die Gespräche sind sehr gut zu hören. Aus Moskau kann damit auch mit anderen Städten der U.S.A. gesprochen werden. Die Gespräche werden über London geführt, mit dem die S.S.M. eine ständige direkte Telefonverbindung hat. (8)

Im Seiden der Nationalisierung in der S.S.M. Die „Leningradskaja Pravda“ meldet am 15. April aus Moskau, daß auf einer Konferenz der politographischen Industrie festgesetzt wurde, auf Grund der Ergebnisse der letzten Stachanow-Arbeiter die Arbeitsnormen durchschnittlich um 25 Prozent zu erhöhen. (8)

Kletzte Stavisky wird aus Amerika ausgewiesen. Kletzte Stavisky, die Witwe des verhängnisvollen französischen Hochaplers, ist, wie man weiß, seit einiger Zeit in New York als Heuegirl und Mannequin aufgetreten. Sie ist jetzt binnen acht Tagen aus Amerika ausgewiesen worden. Das Entlassungsschreiben an dieser Nachricht ist, daß die Ausweisung nicht von den Immigrationbehörden, sondern vom Sittenbezirksrat verfügt worden ist. Selbstverständlich haben alle Reporter versucht, die stillosen Verfehlungen von Kletzte Stavisky festzustellen, aber es ist bisher nicht gelungen, das Geringste zu erfahren, da Kletzte Stavisky vollkommen zurückgezogen gelebt hat.

Das Testament eines Jersinnigen? Bei einem Londoner Notar wurde vor einigen Tagen das Testament des amerikanischen Millionärs Henry Whiting eröffnet, der genau vor einem Jahre in Paris verstorben ist. Das Testament umfaßt 110 mit Rosette eng beschriebene Seiten. Abgesehen von zwei eingeleitenden Bemerkungen handelt es sich um eine Liste von Tausenden von Personen, die kleinere und größere Beiträge erhalten sollen. Das Wichtigste daran ist, daß fast niemand dieser Personen in irgendeiner Beziehung zu dem Verstorbenen verbunden haben. Nur ganz wenige haben ihn höchstens gekannt. Die plötzlichen Erben gehören allen Gesellschaftsklassen an, Arbeiter und Lords sind gleichmäßig, was die Höhe der Erbschaft anlangt. Die Adressen von diesen Genannten konnten unmöglich stimmen, da es die genannten Straßen in den betreffenden Städten gar nicht gab. Zum Schluß hat man nach Nachprüfung der Angelegenheit den Eindruck bekommen, daß es sich um das Testament eines Wahnsinnigen handelt, der offenbar aus Versehen und Telephonbüchern Namen und Adressen völlig willkürlich kombiniert hat. Da keine Verwandten nur eine verschwindend geringe Summe von kaum 1000 Pfund erhalten sollten, so wird das Testament angefochten werden.

Wenn Artisten demonstrieren. In dem großen Pariser Parterre „Alhambra“ kam es vor einigen Tagen während der Vorbereitung zu Demonstrationen seitens arbeitsloser französischer Revuekünstler, die die Entfernung ihrer ausländischen Kontingente verlangten. Diese Demonstrationen sind durchaus sachgemäß durchgeführt worden: auf dem Höhepunkt des Ständes wurden plötzlich von den Hängen Stride heruntergelassen und Trapeskünstler, die als Zuschauer gekleidet waren, warfen ihre Anzüge ab, leiteten im Trillo unter Weifall der Zuschauer herunter und verteilten Flugblätter mit den Forderungen der Demonstranten.

Staatliche Planungsstellen in USA. Staatliche Planungsstellen bestehen in 49 Staaten der Vereinigten Staaten, so daß nur 2

Mussolini gewinnt eine Kolonie

Die Satrapenrolle Albanens

(Wg.) Während die Eroberung Abessinien trotz des Verjagens der Völkerbundaktion mehr Zeit in Anspruch nimmt als Mussolini angenommen zu haben scheint (so daß die englische Regierung Grund zu einer noch immer abwartenden Haltung zu haben glaubt), ist Mussolini die friedliche Eroberung einer neuen Kolonie fast unbemerkt gelungen. Als die römischen Blätter vor wenigen Tagen den Abschluß eines „Handelsvertrages“ mit Albanien meldeten, konnte man höchstens ahnen, daß es sich dabei um mehr als nur eine kommerzielle Angelegenheit handelte. Inzwischen hat sich nun die „Neue Zürcher Zeitung“ aus Rom über den wahren Charakter dieses Handelsvertrages informieren lassen, — und aus ihrem Bericht wird klar, daß mit diesem Vertrag tatsächlich ein ganzes Land an den italienischen Diktator verhandelt worden ist und daß Albanien nach Österreich die zweite Kolonie Mussolinis geworden ist.

Der italienisch-albanische Handelsvertrag knüpft an die ersten Anleiheverhandlungen des albanischen „Königs“ Zogu mit Mussolini aus dem Jahre 1931 an. Schon damals führten sie zu einer starken Abhängigkeit Albaniens von der römischen Diktatur, aber diese Abhängigkeit dauerte nur zwei Jahre, da sich innerhalb Albaniens eine wachsende, auf Englands und Frankreichs Beistand hoffende Opposition geltend machte, die Mussolini so unangenehm wurde, daß er im Jahre 1933 eine italienische Flottendemonstration im Hafen von Durazzo veranstalten ließ, um seine Gegner einzuschüchtern. Was ihm damals nicht gelang, ist ihm jetzt, nach drei Jahren, gelungen: die albanische Wirtschaft und die albanische Armee haben sich ihm ausgeliefert. Gegen eine (in Raten zahlbare) Anleihe von insgesamt 25 Millionen Lire hat Italien sämtliche albanischen Oelkonzessionen erhalten. Die bisher in englischem und französischem Besitz waren, und außerdem hat sich die albanische Regierung damit einverstanden erklärt, in ihre

10.000 Mann starke Armee 50 italienische Offiziere einzustellen, einen italienischen Obersten zum „Chef der Militärkanzlei“ beim König Zogu zu ernennen und die Hafenverwaltung von Durazzo den Italienern zu übergeben. Damit nicht genug, hat sich die albanische Regierung auch noch verpflichtet, unter italienischer Leitung Küsten- und Grenzbesetzungen anzulegen.

Obwohl Albanien ein Gebirgsland mit nur einer Million Einwohner ist, hat der Gewinn dieser Kolonie für Mussolini doch erheblichen wirtschaftlichen und strategischen Wert. Durch den Erwerb der albanischen Oelquellen ist Italien für den Fall von Sanktionen vor dem Bergsteigen bewahrt, durch die Anlage von Küstenbesetzungen wird es die Möglichkeit haben, der englischen Flotte die Einfahrt ins Adriatische Meer zu sperren, und die albanischen Grenzbesetzungen sind als Drohung gegen Jugoslawien und Griechenland gerichtet, das seit der Rückkehr des Königs Georg zu Englands Verbündeten zählt.

Die Unterwerfung Albaniens unter die italienische Diktatur ist die erste sichtbare Folge des Mißerfolges der Genfer Beratungen: die Kreise in Albanien, die auf England und Frankreich hofften, sind durch die offen zutage getretene Uneinigkeit der beiden Westmächte entmutigt worden und haben ihren Widerstand gegen die italienische Vormundschaft aufgegeben. Da der Völkerbund an seiner ersten großen Aufgabe vorläufig gescheitert ist, droht sich Europa wieder — wie vorher — in ein System von Großmächten und Bündnissen aufzulösen, und Albanien hat sich in Erkenntnis dieser Tatsache an die nächstliegende Großmacht angeschlossen. Die englisches-italienische Konfliktzone aber, die sich bisher nur auf das Mittelmeer und Ostafrika beschränkte, ist jetzt auch auf die Balkanhalbinsel ausgedehnt worden, wo sich nun an der griechisch-albanischen Grenze die Interessensphären Englands und Italiens treffen.

Die sowjetrussische U-Bootsflotte im Fernost.

In der „Krasnaja Swesda“ (15. 4.), der Tageszeitung der Roten Armee, werden folgende Informationen über die russische U-Bootsflotte im Fernost mitgeteilt: Das erste russische U-Boot ist in den pazifischen Gewässern völlig unbemerkt erschienen. Heute sind diese Gewässer von vielen solcher U-Boote bevölkert. Am besten könnte davon der Oberkommandierende der U-Bootsflotte Golestjakoff erzählen. Wenn man ihn fragt, ob die sowjetische U-Bootsflotte sich bereits ein Ansehen im Pazifik erworben habe, antwortet er lächelnd: Die Japaner sagen, daß ja. Die japanische Presse nennt ihn „Miral Holostjakoff“. Er ist ursprünglich einfacher Matrose gewesen, später Steuermann. Heute ist er Oberkommandierender der fernöstlichen U-Bootsflotte der Sowjetik. Seine Spezialität ist der Tiefgang. Seine Befehle in dieser Hinsicht sind bisher unerreicht.

Suchtandstrafen für lettische Sozialisten.

Aus Riga wird uns geschrieben: Anfang April fand in Riga ein Prozeß gegen zehn frühere Mitglieder der sozialdemokratischen Partei und des Arbeiter-Jugendbundes statt, die man der illegalen Fortführung der nach dem faschistischen Staatsstreich aufgelösten sozialdemokratischen

Partei beschuldigte. Der Hauptangeklagte, Genosse I a n s o n, früherer Vizevorsitzender des Arbeiter-Jugendbundes, erhielt vier Jahre Zuchthaus. Er wird diese Strafe in den berüchtigten Kälzener Steinbrüchen abtun müssen. Die übrigen Angeklagten erhielten ein bis zwei Jahre schweren Arztes. Sämtliche Angeklagten wurden während der Voruntersuchung schwer mißhandelt und haben sich fast ausnahmslos vor Gericht äußerst mannhaft benommen.

Generalabverhandlungen. Die Genfer Mitarbeiterin von „Ouvr“, Tabouis, berichtet über die Unzufriedenheit, die in Sowjetkreisen darüber herrscht, daß trotz der Ratifizierung des russisch-französischen Paktes, die technischen Verhandlungen zwischen dem französischen und dem russischen Generalstab, die bereits bei der Unterzeichnung des Paktes im Mai 1935 vorangeschritten waren, bis jetzt nicht fortgeschritten haben. Der Pariser russische Botschafter Potemkin hat während der letzten Genfer Tagung darüber eine Unterredung mit Paul-Vicour gehabt. Die französische Langsamkeit erklärt sich, nach der Ansicht von Tabouis, nicht durch irgendwelche Hintergedanken, sondern durch eine gewisse politische Passivität.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Handelskammern gegen Sozialpolitik

Die Handelskammern, die ja bekanntlich nichts anderes sind als Organisationen der Unternehmer in Industrie, Handel und Gewerbe, betrachten die Sozialpolitik als ein hervorstechendes Betätigungsfeld. Ihren ganzen Einfluß machen sie geltend, um einen Ausbau der sozialen Gesetzgebung aufzuhalten und schon Erreichtes, wenn es geht, wieder rückgängig zu machen.

Es gibt bei der Kammerzentrale einen besonderen Sozialpolitischen Ausschuss, der darum auch seine Aufgabe nicht darin sieht, Vorschläge für die Erweiterung des sozialen Schutzes der hilfsbedürftigen Bevölkerung auszusprechen, sondern darin, Pläne gegen die soziale Hilfe vor allem des Staates zu schmieden. So wird jetzt gemeldet, daß dieser Sozialpolitische Ausschuss der Handelskammern sich gegen die von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie angeordnete Verlängerung der Unabdingbarkeit der kollektiven Arbeitsverträge ausgesprochen hat.

Es müßte auch den in der Kammerzentrale führenden Unternehmern bekannt sein, daß die Unabdingbarkeit der kollektiven Arbeitsverträge durch die Wirtschaftskrise direkt erzwungen worden ist und daß sie viele tausende Arbeiter und Angestellte vor einer weiteren Verschlechterung ihrer sozialen Lage bewahrt hat. Sie wickelt sich insofern auch als eine krisenbekämpfende Maßnahme aus. Um so mehr muß dieser sozialfeindliche Akt des Handelskammer-Ausschusses zurückgewiesen und darauf gedungen werden, daß er bei den maßgebenden Stellen keine Verwirklichung findet.

Staatliche Planungsstellen in USA

Staatliche Planungsstellen bestehen in 49 Staaten der Vereinigten Staaten, so daß nur 2

Staaten (Delaware und Columbia) keine Planungsstellen besitzen.

Das Tätigkeitsgebiet der Kammer ist mannigfaltig. Sie unterstützen die Bundesregierung bei der Bestimmung der in ihrem Staate aufzunehmenden öffentlichen Arbeiten. Diese Planungsstellen haben sich bereits Verdienste dadurch erworben, daß sie bei der Erschließung der nationalen Ölquellen ein glattes Zusammenarbeiten der verschiedenen staatlichen Departements gebracht haben.

Die Planungsämter sehen sich aus Hochschuldirektoren, Volkswirtschaftlern, Landesarchitekten, Ingenieuren, Gewerkschaftlern, Unternehmern usw. zusammen.

Die industrielle Umsiedlung in Großbritannien

Das Problem der industriellen Umsiedlung beschäftigt die britische Öffentlichkeit nach wie vor in hohem Maße. Es handelt sich bekanntlich darum, aus den Gebieten, deren Industrie dauernd brachliegt, nach besser situierten Bezirken Arbeitslose umzusiedeln. So sind von 1921 bis 1934 aus Süd-Wales etwa 291.000 und aus Northumberland und Durham etwa 244.000 Arbeiter abgewandert. Zunächst vollzog sich dies unregelmäßig, erst seit 1928 hat das Arbeitsministerium ein System von Maßnahmen ausgearbeitet. Es werden systematisch Arbeitsmöglichkeiten in den Gebieten geringerer Arbeitslosigkeit erschafft, den Arbeitslosen Hilfe für die Ubersiedlung geboten. Von 1932—1935 sind auf diese Weise zirka 20.000 Arbeiter ausgewandert.

Verlangt überall Volkszähler

Werner Hegemann

dem vor kurzem verstorbenen genialen Geschichtsphilosophen, sind bei der Zentralstelle für Bildungswesen Prag XII, Slezka 13, folgende Werte erhältlich:

- Entlarvte Geschichte, geb. Kf 40.—
broch. Kf 32.—
Jugendbuch vom großen König Kf 28.—
Der getriebene Christus Kf 23.—

Gerichtssaal

SdP-„Belange“ und Prozeßkosten

Prag. Kurz nach den Wahlen veröffentlichte die „Rannobion“ eine Notiz, in der berichtet wurde, daß die neugebildeten SdP-Parlamentarier anlässlich der feierlichen Verammlung in der Egerer „Selben-Gedenkhalle“ (verbunden mit Treuegelübde zu Hensein, nebst Kranzniederlegung beim „Mann im Eisen“ u. dgl.) das Horst Wessel-Lied gesungen hätten. Die Folge war, daß 96 SdP-Abgeordnete, Senatoren und Landesvertreter gegen den verantwortlichen Redakteur Doktor Charvát Strafantrag wegen Uebertretung nach § 4 des Ehrenschutzgesetzes stellten — und zwar jeder für sich. Die Mannen fühlten sich also an ihrer Ehre gekränkt. Wie immer es mit ihrer Loyalität fest bestellt sein mag — dem Justizrat lassen sie bekanntlich bei solchen Anlässen gern etwas zukommen. Kurz und gut, dem Prozeßgericht gingen 96 ziemlich gleichlautende Strafanträge gegen den verantwortlichen Redakteur wegen Vernachlässigung der pflichtgemäßen Obliegenheit zu.

Vor dem Vergleichsrichter erklärte sich der Vertreter des Beklagten bereit, in dem Blatt zu konstatieren, daß die SdP-Reden damals das Horst Wessel-Lied nicht gesungen hätten und der Vergleichsrichter erklärte die Formulierung dieser Genugtuung als hinreichend und bestimmte, daß die zu erhebenden Kosten der Kläger später vom Gericht festzusetzen seien. Der Verteidiger Dr. Samerec rekurrierte gegen den Ausspruch des Vergleichsrichters an den Bewahrdiensten des Prozeßgerichtes, und zwar in dem Punkt, daß die zu erhebenden Kosten gleichzeitig vom Vergleichsrichter hätten festgesetzt werden müssen. Der Verteidiger berief sich auch darauf, daß die 96fache Einbringung ein und desselben Strafantrages offensichtlich in unzulässig schärfender Absicht erfolgt sei, um der Gegenpartei möglichst hohe Kosten zu verurteilen, zumal es sich um mechanisch vervielfältigte Formulare handele. Der Bewahrdienst schloß sich im wesentlichen dieser Ansicht an und erklärte einen Kostenerlaß von 3478.54 Kf als hinreichend zur Satisfaktion der 96 Kläger. Damit waren die SdP-Kläger freilich nicht einberuhend und brachten Rekurs an das Obergericht ein, welches ihn aber abwies, da für solche Auseinandersetzungen lediglich der Bewahrdienst des Prozeßgerichtes zuständig sei.

Weitern wurde also vor dem Prozeßgericht des 96 Kläger sich auf keinen Fall mit dem genannten Kostenerlaß begnügen wollten, sondern mindestens 7000 Kf forderten. Die Diskussion um diese Frage war vom prozeßgerichtlichen Standpunkt überaus interessant, denn es kam eine ganze Reihe bemerkenswerter Probleme zur Erörterung, die das „Geheiß zum Schuß der Ehre“ nicht eben eindeutig gelöst hat. Die Auseinandersetzung endete mit einem Vergleich. (8)

Betrug am Kunden — exemplarische Strafe

Prag. Das Ehepaar Anton und Aloisia Quhinek betreibt eine Weislererei in Jilovo und seine Kundenschaft rekrutiert sich natürlich durchwegs aus kleinen Leuten, denen eine Krone viel bedeutet. Am 21. November erschien in dem Laden unversehens ein Kontrollorgan des Eidamies, um Waage und Gewicht zu überprüfen. Diese Kontrolle ist notwendig, denn es gibt Geschäftsleute, die sich kein Gewissen daraus machen, durch allerlei Tricks ihre Kunden zu schädigen. In diesen Gewissensverfälschern gehört auch Frau Quhinek. Der Beamte stellte fest, daß unter der Waagschale, auf welche die Ware gelegt wird, ein Stück alter Butter angeklebt war, welches 15 Gramm wog, so daß die Kunden bei jeder ausgewogenen Ware um dieses Gewicht geschädigt wurden. Die Sache war raffiniert genug eingeschaltet, denn einerseits war die gelbe Butter auf der Waagschale nicht gut zu sehen und dann lag im Betrachtungsfall die Waage nahe, daß eben beim Auswiegen von Butter „zufällig“ ein Stück an der Waagschale hängen geblieben sei. Diese Waageprüfung allerdings nicht und auf Grund der klaren Feststellungen des Beamten erhob die Staatsanwaltschaft gegen das Ehepaar die Anklage wegen des Betruges des Betruges, über die gestern der Strafensatz 3 r b t i e f zu verhandeln hatte.

Anton Quhinek hatte sich krankheitshalber nicht zur Verhandlung eingestellt und wurde schließlich in absentia freigesprochen, da ihm ein direktes Verschulden nicht nachgewiesen wurde. Interessant ist allerdings, daß dieser Mann zwar achtzehnmal wegen Lebensmittelverfälschung verurteilt ist, aber trotzdem laut Polizeiankunft einen guten Ruf hat (!) Als Hauptperson erklärte seine Gattin, die sich zwar mit großem Stimmengewand verteidigte, aber schließlich doch zu drei Monaten schweren und verächtlichen Arztes verurteilt wurde, und zwar unbedingt. In der Urteilsbegründung sprach das Gericht aus, daß, abgesehen von den Vorstrafen der Angeklagten (darunter auch solche wegen Lebensmittelverfälschung) schon der Charakter dieser Verurteilungen, die auf die systematische Liebertätigkeit der meist vermöglosen Kundenschaft abzielen, den Vollzug der Strafe notwendig mache. Die Verurteilung meidete Nichtigkeitsbeschwerden an, Staatsanwalt Dr. M e i f f e r Verurteilung wegen zu niedrigem Strafmaßes. (8)

